

Beschluss:

Ratsherr Döring weist auf ein Schreiben des Haus- und Grundeigentümergebietes und des Verbandes für Wohneigentum an die Fraktionen hin, demzufolge eine Vereinbarung zwischen der Verwaltung und dem damaligen Siedlerbund sowie „Haus und Grund“ bestünde, diese Verbände bei Fragen der entsprechenden Gebührensatzungen zu beteiligen und möglichst Einvernehmen zu erzielen. In dem Schreiben wird kritisiert, dass diese Beteiligung unterblieben ist.

Ratsherr Döring kündigt – so dies zutreffend ist – an, zu den entsprechenden Vorlagen Zurückstellung zu beantragen, damit das Versäumte nachgeholt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras gibt an, dass eine solche Vereinbarung dem Verwaltungsvorstand nicht vorliege. Die o. a. Verbände hätten sich mit der Verwaltung nicht in Verbindung gesetzt. Er sagt eine Prüfung der Angelegenheit zu.

Ratsherr Andresen weist darauf hin, dass auch die Stadtteilbeiräte nicht beteiligt worden seien. Auch deren Beteiligung sei geboten, wenn sich z. B. hins. der Straßenreinigung Änderungen ergeben.

Gerade im Hinblick auf den Anschluss- und Benutzungszwang hins. der „Grünen Tonne“ gilt es, eine entsprechende Beteiligung und Rechtssicherheit zu gewährleisten, um Widerspruchs- und Klageverfahren zu vermeiden.

Es erfolgt Kenntnisnahme.